

Sehr geehrter Herr Griebe,

als Spitzenkandidat der FREIEN WÄHLER Kaiserslautern und bisheriger stv. Fraktionsvorsitzender beantworte ich Ihre Anfrage wie folgt.

In unseren 9 **Zukunftsbausteinen für ein Gutes Kaiserslautern** ist bei Punkt 4 verankert, daß wir Inklusion und Einbindung sozial schwacher Menschen in unserer Gesellschaft weiter konsequent voranbringen wollen.

Konkret haben wir bereits im Stadtrat sehr intensiv den aus unserer Sicht **skandalösen** Rückzug des Landes aus der Finanzierung der integrativen Kitas der Lebenshilfe **kritisiert** und darauf hingewiesen, daß die vom Land per Gesetz erzwungene Aufteilung von deren Kosten in eigentliche Kita - Kosten, Kosten für Pflegeaufwand (Pflegeversicherung) und Förderungsaufwand (Krankenkassen) nicht nur überbürokratisch ist, sondern de facto auch fachlich falsch, da die Leistungen zusammengehören und überwiegend nicht getrennt werden können. De facto wird das Gesetz, wenn es so umgesetzt würde (was eigentlich gar nicht gelingen kann) dazu führen, dass nur noch Kinder mit Beeinträchtigungen dann ausreichend Pflege und Förderung erhalten, wenn sich deren Eltern auf die Hinterfüße stellen (können) und entsprechende Hilfen und Termine trotz Anbietermangel organisieren können. Hinzu kommt, dass aufgrund der strikten Budgetierung (=Deckelung) der von Kinderärzten veranlassten Verordnungen Förderleistungen für die Kinder aus Inklusionseinrichtungen zu 100% zu Lasten von Förderleistungen für andere Kinder gehen würden. Das Land macht sich da einen schlanken Fuß zu Lasten der realen Versorgung. Wir haben in Anbetracht der damals schon sehr langen problemlösungsfreien Zeit trotz intensiven Verhandlungen der beteiligten Akteure intensiv darauf hingewiesen, dass dieses Kitagesetz storniert und neu verhandelt werden muß. Leider wurden unsere Statements nicht von Rheinpfalz, SWR oder anderen Parteien aufgegriffen (weil man auf jeden Fall die Landesregierung durch Verschweigen der selbstgemachten Probleme schonen will?). Eine aktuelle Anfrage zu dem Thema hat ergeben, dass immer noch keine Lösung besteht, sondern daß jetzt der Städtetag für Verhandlungen mit dem Land dazu mandatiert wurde.

Es gibt hier von Seiten der Landesregierung offenbar bisher keinen Lösungswillen. Inklusion bedeutet für uns, Menschen mit Behinderungen zu integrieren und zu fördern, aber auch im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu fordern. Ein gemeinsames Betreuen und Unterrichten ist vor allem bei ganz jungen Kindern integrationsfördernd, wenn die Einschränkungen dies zulassen. Das heißt aber auch, dass z. B. nicht jedes Kind mit Behinderungen in Regelschule oder Regel - Kita richtig aufgehoben ist, wenn einerseits ungenügende Förderung und andererseits Mobbing durch andere Kinder im Fokus steht. Hier sollten entsprechend geschützte Einrichtungen mit guter Ausstattung bestehen bleiben und grundsätzlich Förder- und Integrationskräfte auch für den Regelbetrieb zur Verfügung stehen und vor allem mit genügender Priorität finanziert werden. Hier gilt es vor allem, hervorragende Einrichtungen wie die Lebenshilfe zu unterstützen. Der Grundsatz der Barrierefreiheit nicht nur in baulicher Hinsicht, sondern auch generell, z. B. auch bei EDV - Anwendungen hat bei uns hohen Stellenwert. Die Durchführung des Protesttags "**Viel vor für Inklusion! Selbstbestimmt leben - ohne Barrieren**" ist wichtig, um die Belange der von Einschränkungen Betroffenen mehr zu fokussieren.